Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 19 (1917)

Artikel: Äussere und innere Politik
Autor: Egger, A.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-751040

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ÄUSSERE UND INNERE POLITIK

Äußere und innere Politik werden immer in engstem Zusammenhange zueinander stehen. Aber die Art der Beziehung wechselt. Die gesamte Politik eines Staates kann primär nach außen oder nach innen orientiert sein. Demnach wird sie ein ganz verschiedenes Gepräge erhalten. Wenn die Ziele des Staates außerpolitisch orientiert sind, dann können sie augenscheinlich nicht lediglich in der Sicherung der eigenen Existenz liegen. Bloße Sicherung ist immer sekundär. Vielmehr geht dann der Staat auf mehr oder weniger weitgehende äußere Selbstdurchsetzung aus. Sein Ziel liegt in der Machterweiterung, in territorialer Ausbreitung, in der Gewinnung neuer Einflussphären und Herrschaftsgebiete. *Äußere Politik* als ein Selbstzweck muss in weitestem Sinne des Wortes *Machtpolitik* sein. Ihr wird sich dann die innere Politik anpassen müssen. Diese muss jener dienen. Darnach bestimmt sich vor allem die Heeresverfassung. Aber darüber hinaus werden die Staatsverfassung, das Ständewesen und schließlich alle Zweige des Staatshaushaltes durch diese Ziele bestimmend beeinflusst. Darnach wird denn auch die Freiheit für dieses Staatswesen ihren besondern Sinn erhalten. Dieser Staat braucht für seine Ziele die *Freiheit nach außen*, jene Hemmungslosigkeit, jene Ellenbogenfreiheit, welche seiner Außenpolitik in der Wahl der Mittel keine Schranken auferlegt. Die *innere Politik* erscheint dagegen im vorneherein als *gebunden*. Jede Änderung, jede Lockerung der herrschaftlichen Bande, der Staatsmacht und der Staatslasten, jeder Fortschritt wird auf seine Zulässigkeit hin in erster Linie nach den Anforderungen der Außenpolitik untersucht. Umgekehrt, wenn das Staatsleben in erster Linie Aufgaben der *innern Politik* lösen will, wenn diese als die wichtigsten und maßgebendsten gewertet werden. Dem so orientierten Staate bedeutet jene „wilde" Freiheit nach außen kein Gut, seine Außenpolitik ist notwendigerweise *Friedenspolitik*. Nur so gewinnt er für die Lösung der innern Fragen seine volle Freiheit. Diese innern Fragen sind aber ihrem Wesen nach letztlich Fragen der Volkswohlfahrt, Fragen des Rechts und der Freiheit selbst.

Dieser allgemeinste soziologische Zusammenhang erfährt nun seine besondere konkrete Abwandlung. Er gestaltet sich verschieden bei den verschiedenen Völkern. Aber auch in der Geschichte des

einzelnen Volkes begegnen wir dem Wandel dieser Orientierung. So heben sich für die europäischen Staaten mehr oder weniger scharf diese *drei Etappen der neuzeitlichen Entwicklung* ab: In der *Zeit des Absolutismus* strebten die Staaten vor allem nach ihrer territorialen Sicherung, Abrundung, Erweiterung. Ihre Außenpolitik war von äußerster Skrupellosigkeit (in jener Zeit fiel auch das Wort: Die Verträge sind nichts mehr. Es falle der Staat, der sich nicht zu halten vermag), und immer bereit, die ultima ratio regis anzurufen. Die innere Politik formte Heer und Finanz, Volk und Wirtschaft nach den Interessen dieser Außenpolitik. Insbesondere sollte es ihr dienen, wenn das Land mit allen Mitteln der Überredung, der Vergünstigungen, der Gewalt in den Kapitalismus hineingetrieben wurde.

In den ersten Jahren der großen Revolution will das französische Volk lediglich seinen eigenen Staat neu und frei gestalten, es verlangt nach außen bloß die Gewährung dieser Freiheit. Deshalb entwickeln denn auch die Männer der Revolution ein ganzes System einer völlig neuen Außenpolitik: Anerkennung der Grundrechte wie der Einzelnen so auch der Völker, Staatenverband zum gegenseitigen Schutze, Völkerverbrüderung. Aber auch der *Liberalismus* des 19. Jahrhunderts ist demokratisch und pazifistisch, also innerpolitisch gerichtet. Er erstrebt politische, geistige, wirtschaftliche Freiheit und ganz besonders diese letztere will er als Freihandel auch von Land zu Land durchgeführt wissen. Er fürchtet den reichen und starken Staat. Er bewilligt ihm auch für Militärzwecke nur das Nötigste. Der Staat soll für Ordnung und Ruhe sorgen und selbst Ruhe halten. So erscheint die innere Politik als die weitaus wichtigere. Man möge darauf hin nur die erste Deutsche wissenschaftliche *Politik,* diejenige von Dahlmann (1. Auflage 1835) oder R. v. Mohls *Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften (1855—1858)* oder die *Grundzüge der Politik* von Waitz (1862) oder Bluntschlis *Moderne Staatslehre* (3. Teil Politik 1876) oder noch die *Politik* Roschers (1892) durchsehen.

Demgegenüber bedeutet der seit den Neunziger Jahren einsetzende *Imperialismus* wieder eine Rückkehr zu der Politik des Absolutismus. Der moderne Imperialismus ist unersättlich und will grundsätzlich für den Staat mehr an Macht als er hat. Er ist recht eigentlich „der Wille zu größerer Macht". Keine Großmacht ist

im Grunde saturiert. Die Großmächte von heute sind Expansionsstaaten. Deshalb sehen wir sie alle mit einem größern oder geringern Anhängsel von Interessensphären auftreten. Deshalb wird in den Dienst der Großstaatenpolitik auch das ganze Gewicht der staatlichen Macht gestellt. Hinter allen expansiven Akten steht die Macht und der Wille zu deren Gebrauch. Diese muss deshalb auch eine möglichst große sein. Daraus ergibt sich dann geradezu eine eigene *Rüstungspolitik.* Das Verhältnis kann sich so geradezu umkehren: Die Macht des Staates steht schließlich nicht mehr im Dienste der Politik, sondern die Politik wird in den Dienst der Rüstung gestellt. So erklärte denn auch Bülow gelegentlich: „Unsere auswärtige Politik musste in den ersten Dezennien des Flottenbaues unter abnormalen Verhältnissen arbeiten: Die Rüstungen standen nicht im Dienste der Politik, sondern diese bis zu einem gewissen Grade im Dienste der Rüstungsfragen.“ Dieser bizarre Zustand bestand aber nicht nur in Deutschland, sondern mehr oder weniger in allen europäischen Großstaaten. Aber die Politik stützte sich nicht nur auf die Macht und ging nicht nur um diese, sondern sie war notgedrungen ebenso sehr schon auf den Schein der Macht erpicht. Die Großmachtspolitik sank herab zur *Prestigepolitik.* So forderten angeblich „die Selbstachtung und die Lebensinteressen gebieterisch“ das Vorgehen Österreichs gegen Serbien im Jahre 1914, und ebenso handelte es sich dabei „für Russland um eine Frage von Leben und Tod.“ In Wirklichkeit war diese Serbenpolitik eminent Prestigepolitik geworden. So steht denn wieder die äußere Politik an erster Stelle. Sie ist die wichtigere, folgenschwerere, verantwortungsvollere, und die innere tritt wieder in ihren Dienst. Der ganze Wandel steht uns deutlich vor Augen, wenn wir mit den obengenannten politischen Handbüchern die Politik Treitschkes oder die Schriften Naumanns vergleichen.

Aber die heutige Generation gibt sich der Hoffnung hin, dass der Imperialismus abgewirtschaftet habe und dass sie an der Schwelle eines *neuen Zeitalters*, einer „neuen Weltordnung“ wie Czernin verkündete, stehe. Das könnte dann wieder keine andere sein als jene, welche englische, französische, deutsche Denker schon zur Zeit der absolutistischen Kabinettspolitik postuliert und welche auf kurze Zeit die junge französische Revolution inauguriert hat. Sie läge wiederum im Verzicht auf die Machtidee und die ihr ent-

sprechende staatliche Selbstherrlichkeit und Freiheit. „Jeder Staat wird etwas von seiner Selbständigkeit aufgeben müssen, um den Weltfrieden zu sichern.“ Noch gestern waren es nur Philosophen, unheilbare Ideologen und Professoren, über die der Realpolitiker überlegen lächelte, die so sprachen; heute bekennen sich die Staatsmänner zu diesem Programm. Die *Außenpolitik* soll also wieder *Friedenspolitik* und alle Arme sollen frei werden für die gewaltige innerpolitische Arbeit, die der Staaten harrt. Der Zusammenschluss, die außerpolitische Bindung, die Liga der Nationen soll die Staaten innerpolitisch entlasten und freimachen. Manche in diesem Zusammenhang entwickelte Ideen erinnern an jenen andern Versuch, den europäischen Frieden zu sichern, den vor hundert Jahren die heilige Allianz unternahm. Auch sie wollte die Heiligkeit des Besitzstandes sichern, auch sie ein System der agressiven Außenpolitik durch ein Allianzsystem ablösen. Es ist nicht zu fürchten, dass eine moderne europäische oder übereuropäische Allianz sich wieder durch den Legitimismus heillos kompromittiere, wie es die damalige getan hat. [1])

So vollziehen sich in der Staatenpolitik im Laufe weniger Generationen die tiefsten Wandlungen. Die Ziele — Sieg und Größe, Macht, Herrschaft und Reichtum hier, Volkswohlfahrt, Kulturfortschritt, höchste Entfaltung der seelischen Kräfte im Volke und in jedem Volksgenossen dort — sind so grundverschieden, dass in ihnen eine völlig andere Einstellung zu den Fragen des menschlichen Daseins und Zusammenlebens zum Ausdruck gelangt, eine völlig verschiedene Wertbildung und Wertskala, eine grundverschiedene Gesinnung, eine ganz andere Mentalität. Diese Einsicht legt die Annahme nahe, dass einem jeden solchen dem Gehalte nach revolutionären Umschlag *ein Wechsel in den Schichten* stattgefunden habe, welche für die Politik eines Staates den Ausschlag geben. Es muss ein Mensch von anderer Herkunft, von anderer

[1]) Dagegen spielt der Legitimismus allerdings noch zu Anfang des Weltkrieges seine Rolle. Kaiser Wilhelm telegraphierte am 28. Juli 1914 an den Zaren: „Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin morden ließ, herrscht heute noch in jenem Land. Zweifellos wirst du mit mir darin übereinstimmen, dass *wir beide, du und ich sowohl als alle Souveräne, ein gemeinsames Interesse* daran haben, darauf zu bestehen, dass alle diejenigen, die für den scheußlichen Mord moralisch verantwortlich sind, ihre verdiente Strafe erleiden.“

seelischer Struktur, mit einem andern Empfinden, mit einer andern „logique du cœur“ oben aufgekommen sein, es muss also ein anderer Teil des Volkes zum führenden geworden sein, ein anderer Stand, eine andere Klasse.

So hat in der Tat in der französischen Revolution und in der liberalen Ära ein neuer, *der dritte Stand*, nach seiner Lebensanschauung sich eine neue staatliche Welt aufgebaut. Wie sehr dabei der Gedanke der Staatsmacht hinter diejenigen der politischen und individuellen Freiheitsrechte zurücktreten musste, wurde schon hervorgehoben. Trotzdem wirkte der Liberalismus nicht staatenzerstörend, sondern staatenbildend. Sein wirtschaftspolitisches Programm rief nach dem größern Wirtschaftsgebiet, nach Beseitigung provinzialer Verkehrshindernisse, nach Vereinheitlichung der Maße, Zölle, Posten, Bahnen, der Gesetzgebung und Rechtspflege. Seine Freiheitsideen strebten ebenfalls nach der Gewähr des größern Staates. Vor allem aber lebte in dem gleichen Bürgertum des 19. Jahrhunderts die Nationalidee kulturell fruchtbar und politisch schöpferisch auf. Solche Schöpfungen des liberalen Bürgertums sind das moderne Italien, die schweizerische Eidgenossenschaft. *Anders das deutsche Reich.* Gewiss, auch dieses war eine Sehnsucht des deutschen Volkes, und seine Besten haben für dasselbe gestritten und gelitten im Kampfe mit den Dynastien und dem Adel. Aber schließlich wurde dieses deutsche Reich geschaffen nicht aus den Tiefen des Volkes heraus, nicht in Verwirklichung der achtundvierziger Ideen, sondern mit der vorrevolutionären Methodik, nicht von den deutschen Völkern, sondern von Preußen, nicht von einem liberalen Staatsmann, sondern von einem Junker. Aus der Hand des preußischen Königs musste der deutsche Liberalismus die ersehnte Reichseinheit entgegennehmen. Mancher deutsche liberale Mann hat sich mit diesem Gange der Entwicklung niemals ausgesöhnt. In den neunziger Jahren schienen diese Unversöhnlichen ausgestorben zu sein. Die junge Zeit des formidablen Aufschwungs und der Kraftfülle verstund ihre Skrupeln nicht mehr. Heute auferstehen sie ringsum wieder neu.

Denn die Befürchtungen jener Unentwegten haben sich erfüllt. Der Geist, aus welchem heraus das Reich geschaffen wurde, hat es auch dauernd beherrscht. Es ist der Geist des vormärzlichen, antirevolutionären Preußen. So ist denn das Reich selbst in einer

nach außen gerichteten Politik, in kriegerischen Unternehmungen, „mit Blut und Eisen“ geschaffen worden, und das Reich hat diese außerpolitische Orientierung beibehalten. Die innere Politik wurde in den Dienst der äußern gestellt.

Das gilt *für die Heeresverfassung*, der immer auch eine bestimmte Geistesverfassung entspricht — sie vollzog die Militarisierung des deutschen Volkes. Was darüber Nicolai in seinem Buche über die Biologie des Krieges dem Nichteingeweihten erzählt, sollten auch recht viele Schweizer lesen. Das gilt aber auch *für die innere Politik*, im Reich und in Preußen. So vor allem für die *Agrarpolitik*, die auf die Erhaltung und Stärkung des die Offiziere und Beamten liefernden preußischen Agrariertums eingestellt war. Ferner für die *Schul- und Kirchenpolitik*. Die Freiheitsrechte des Staates wurden dahingegeben für die Bedürfnisse der finanziellen und wirtschaftlichen Fundierung des Reiches. Selbst O. Baumgarten, ein Kriegstheologe, gesteht: die Rücksichten der innern seelischen Kultur, die Freiheiten der Gesinnung und Bildung, die Ordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, Staat, Kirche und Schule, all diese Größen aus dem Gebiet der innern, seelischen Kultur waren ihm (Bismarck) feil, Handels- und Tauschobjekte für die Befestigung des nationalen Staates, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Macht, seiner Volkstümlichkeit und Unabhängigkeit von partikularistischen Bestrebungen (*Politik und Moral*, 1916, S. 100 f.).

Aber auch die *Sozialgesetzgebung* war ihrer Grundlage nach nicht demokratisch, zielte nicht auf die Freiheit des Arbeiters ab, sondern auf die Machtfülle des Staates und war so, der Gesinnung des Staatsmannes entsprechend, auf einen modernen Feudalismus angelegt. So urteilt denn auch Max Weber (Heidelberg): „Demagogie und zwar eine sehr schlechte Demagogie, wurde in Bismarcks Händen auch die soziale Gesetzgebung des Reiches, so wertvoll man sie rein sachlich finden mag. Den Arbeiterschutz, der doch für die Erhaltung unserer physischen Volkskraft das Unentbehrlichste war, lehnte er als Eingriff in Herrenrechte (mit zum Teil unglaublich trivialen Argumenten) ab. Die Gewerkschaften, die einzig möglichen Träger einer *sachlichen* Interessenvertretung der Arbeiterschaft, ließ er aus dem gleichen Standpunkte heraus auf Grund des Sozialistengesetzes polizeilich zersprengen und trieb ihre Mitglieder dadurch in den äußersten, rein parteipolitischen Radikalismus. Da-

gegen glaubte er, an gewissen amerikanischen Mustern orientiert, *„Staatsgesinnung“* und „Dankbarkeit“ durch Gewährung staatlicher Renten zu schaffen. Wir erhielten daher Renten für die Kranken, die Beschädigten, die Invaliden, die Alten, statt der vor allem nötigen Garantie für die Erhaltung der physischen und psychischen Lebenskraft und für die Möglichkeit sachlicher und selbstbewusster Interessenvertretung der Gesunden und Starken — derjenigen also, auf die es, rein politisch betrachtet, gerade ankam. Wie im Kulturkampf, so war er auch hier *über alle entscheidenden psychologischen Voraussetzungen* hinweggeschritten.“

Vor allem aber wurde der Aufbau der Reichsverfassung außerpolitisch, machtpolitisch fundiert. Dies sei hier nur für das allgemeine Reichstagswahlrecht ausgeführt. Wie Bismarck zu diesem kam, erzählt er selbst in seinen *Gedanken und Erinnerungen* (II, 78):

„Im Hinblick auf die Notwendigkeit, im Kampfe gegen eine Übermacht des Auslandes im äußersten Notfalle auch zu *revolutionären* Mitteln greifen zu können, hatte ich auch kein Bedenken getragen, die damals stärkste der freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, schon durch die Zirkulardepesche vom 10. Juni 1866 mit in die Pfanne zu werfen, um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsere nationale Omelette zu stecken. Ich habe nie gezweifelt, dass das deutsche Volk, so bald es einsieht, dass das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen. Kann es das nicht, so ist meine Redensart, dass es reiten könne, wenn es erst im Sattel säße, ein Irrtum gewesen. Die Annahme des allgemeinen Wahlrechts war *eine Waffe im Kampfe gegen Österreich und weiteres Ausland,* im Kampfe für die deutsche Einheit, zugleich eine *Drohung* mit letztem Mittel *im Kampfe gegen Koalitionen.* In einem Kampfe derart, wenn es auf Tod und Leben geht, *sieht man die Waffen,* zu denen man greift und *die Werte,* die man *durch ihre Benutzung zerstört, nicht an:* der einzige Ratgeber ist zunächst der Erfolg des Kampfes, die Rettung der Unabhängigkeit nach außen; die Liquidation und Ausbesserung der dadurch angerichteten Schäden hat nach dem Kriege stattzufinden. Außerdem halte ich noch heute das allgemeine Wahlrecht nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip, sobald nur die Heimlichkeit beseitigt wird, die außerdem mit den

besten Eigenschaften des germanischen Blutes in Widerspruch steht."

Somit: Bismarck greift zum „revolutionären" Instrument des allgemeinen Wahlrechts weil der Zweck das Mittel heiligen muss, *aus Gründen der äußern Politik.* Für den entscheidenden innerpolitischen Gesichtspunkt, den innern Wert des allgemeinen Wahlrechtes und seine Notwendigkeit für das eigene Volk, fehlt jedes Sensorium. Deshalb fehlt denn auch der weitere Ausbau der Reichsverfassung in demokratischer Richtung. Dieses „demokratischste aller Wahlrechte" (bis zum Überdruss mussten wir's lesen in unsern eigenen Zeitungen) entbehrt der Grundlage und des Überbaus, es schwebt in der Luft. Der Reichstag hat keinen Einfluss auf die Regierung, kann kein Gesetz, keine Verfassungsänderung erzwingen, kann aber jederzeit der Auflösung verfallen, und verfiel ihr auch zu wiederholten Malen, wenn er sich auf sich selbst besinnen wollte. Wie könnte es auch anders sein? Aus undemokratischem Wollen ist noch nie eine Demokratie geschaffen worden. Bismarck selbst hat denn auch seine ganze Energie in jahrelangem Kampfe für das Ziel eingesetzt, den Reichstag zur Bedeutungs- und Einflusslosigkeit herabzudrücken.

„Was war sein (Bismarcks) politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation *ohne alle und jede politische Erziehung*, tief unter dem Niveau, welches sie in dieser Hinsicht zwanzig Jahre vorher bereits erreicht hatte. Und vor allem eine Nation *ohne allen und jeden politischen Willen*, gewohnt, dass der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde. Und ferner, als Folge der missbräuchlichen Benutzung des monarchischen Gefühls als Deckschild eigener Machtinteressen im politischen Parteikampf, eine Nation, daran gewöhnt, unter der Firma der „monarchischen Regierung" fatalistisch *über sich ergehen zu lassen*, was man über sie beschloss, ohne Kritik an der politischen Qualifikation derjenigen, welche sich nunmehr auf Bismarcks leergelassenen Sessel niederließen und mit erstaunlicher Unbefangenheit die Zügel der Regierung in die Hand nahmen. An diesem Punkte lag bei weitem der schwerste Schaden. Eine „politische Tradition" hinterließ der große Staatsmann *überhaupt nicht.* Innerlich selbständige Köpfe und vollends Charaktere hatte er weder herangezogen noch auch nur ertragen... Es bleibt als ein rein negatives Ergebnis seines gewaltigen

Prestiges: ein *völlig machtloses Parlament.* Und *infolgedessen:* ein Parlament mit tief herabgedrücktem Niveau. Zwar die naive Legende unserer unpolitischen Literaten denkt sich die ursächliche Beziehung vielmehr gerade umgekehrt: Weil das Niveau des Parlamentslebens niedrig gewesen und geblieben sei, deshalb sei es, und zwar verdientermaßen, machtlos geblieben. Höchst einfache Tatsachen und Erwägungen zeigen aber den wirklichen Sachverhalt." (Max Weber, *Frankfurter Zeitung,* 27. Mai 1917.)

Noch im Jahre 1914 hat Prof. Delbrück in seinem Büchlein über Regierung und Volkswille *gegen die Parlamentarisierung* des deutschen Reiches hauptsächlich diese beiden Gründe angeführt: die Zersplitterung der Parteien (die Weber sehr viel richtiger nicht als die Ursache, sondern als die Folge der Machtlosigkeit des Reichstages erklärte) und die Konstanz der äußern Politik. Mit der Tatsache, dass England und Frankreich eine sehr konstante äußere Politik aufweisen gerade in den Dezennien, in welchen die deutsche einen verhängnisvollen, alle Welt verwirrenden Zickzackkurs verfolgte, setzt er sich gar nicht auseinander. Aber diese *eine* Erwägung hat ihre Kraft behalten, sie war eine entscheidende vor fünfzig Jahren und steht auch heute in der alldeutschen Literatur im Vordergrund: keine größern Freiheiten im Innern, kein politischer Liberalismus, *keine Demokratisierung aus Gründen der äußern Politik,* weil die Parlamentarisierung die Stellung des Reiches in der Welt — angeblich — schwächte.

So haben Preußen und das deutsche Reich die liberale weltpolitische Periode durchlaufen ohne Sieg des Liberalismus. In ihm verschlingen sich vielmehr die Nachwirkungen des Absolutismus des 18. Jahrhunderts mit den Anfängen des *modernen Imperialismus* zu einer ununterbrochenen Einheit.

Auch diese letzte Wendung setzt allerdings einen klassenmäßigen Wandel in der Zusammensetzung der Gesellschaft voraus. Aus dem Bürgertum heraus entwickelte sich eine besondere großindustrielle und plutokratische Schicht. Diese *Großbourgeoisie* organisiert die heimische Industrie und den heimischen Geldmarkt und wird zum Träger des weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampfes. Sie

---

[1]) In Wirklichkeit wäre die Demokratisierung der einzige Weg gewesen, um die Stellung Deutschlands in der Welt zu befestigen, vgl. dazu vorzüglich Hugo Preuss, *Obrigkeitsstaat und großdeutscher Gedanke,* 1916.

versteht es, die Mittel des Staates diesem Kampfe dienstbar zu machen und weist dem Staat die Wege des Imperialismus, eben jener Politik der Interessensphären, der kolonialen Gründungen, der politischen Pressionen, des Pressedienstes, der Anleihen, der uferlosen Flottenbauten und Rüstungen. So führt wieder ein ökonomisches Klasseninteresse zu jener „anarchischen Methodik der europäischen Politik", die schließlich den Weltkrieg herbeiführt. Diese Methodik bedeutet wieder *Machtentfaltung nach außen* und *Reaktion im Innern*. Wiederum tritt uns dieser Zusammenhang nirgends schärfer hervor als in Deutschland. Jene Plutokratie hat hier freilich nicht selbst die politische Herrschaft angetreten. Aber sie hat um den Preis einer imperialistischen Politik ihre bürgerliche Herkunft vergessen, alle liberalen Traditionen verkauft und verraten. „Je höher man die bürgerliche Stufenleiter hinansteigt, desto tiefer blickt man in die Schatten einer freiwilligen Abhängigkeit, die kaum milder als mit dem Begriffe ideeller Bestechlichkeit bezeichnet werden kann", und die großbürgerlichen Schichten und ihre politische Partei, die nationalliberale, „könnten die Entscheidung in Händen haben; und überblickt man die Jahrzehnte, so haben sie unfreiwillig und unbedankt dem Feudalismus gedient" (Rathenau).

Die Konservativen dagegen waren zuerst, wie ehedem gegen die Reichsgründung, so jetzt auch gegen die Weltmachtpolitik des Reiches, gegen Flottenbau und Imperialismus misstrauisch. Bismarck selbst hat bekanntlich das deutsche Reich mehrmals als saturiert erklärt. Die Kämpfe auf dem Balkan waren ihm nicht die Knochen eines preußischen Grenadiers wert. Noch 1888 erklärte er: „Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der andern Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitiert außerhalb ihres Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin." Aber wie im Reiche Wilhelms I. verpasste der preußische Adel auch im Reiche Wilhelms II. den Anschluss nicht. Dazu war er viel zu machtgierig. Er erkannte mit dem politischen Instinkt, der ihm hervorragend zu eigen, dass in Deutschland das Unmögliche möglich sei, ein tüchtiges, gebildetes Volk, ein industrialisiertes Land, eine mächtige Großindustrie und Hochfinanz, eine modern-imperialistische Politik — und all dies unter absolu-

tistischer und feudaler Anführung. Seither entwickelte die alte Führung eine unerhörte neue Macht. Der Feudalismus verfügt nicht nur über die bestehende Exekutivgewalt, ist nicht nur verbündet mit dynastischen, militärischen und familiären Mächten (worüber man wiederum Rathenau, *Von kommenden Dingen,* oder auch Michels, *Probleme der Sozialphilosophie,* 1914, S. 158 ff. nachlesen mag), sondern entwickelt auch seine Ideologien, mit welchen er die Kirche, die Universitäten, die Literaten in seinen Bann zog und den größten Teil des Bürgertums — selbst über die Grenzen des Reichs hinaus — geistig beherrschte.

Diese Führerschaft trägt die Hauptverantwortung für das was von Deutschland aus in diesem Kriege geschah. Ich sage die Hauptverantwortung. Denn im Hintergrund steht einerseits auch für das was *ein* Staat tut, eine schon durch die geschichtliche Bedingtheit alles politischen Geschehens gegebene europäische Solidarität und europäische und menschheitliche Gesamtverantwortung und anderseits wieder eine besondere Verantwortung des deutschen Volkes, wie denn jedes Volk eine Verantwortung für seine politische Führerschaft trägt. Aber vor dem Forum der politischen Moral fällt die erste Verantwortung auf diejenigen, welche die Macht innehatten und sie gebrauchten und missbrauchten: die Verantwortung für die nach Bethmann Hollweg bekanntlich „aus vollem Herzen" erfolgte Deckung des österreichischen Vorgehens gegen Serbien, für die überstürzten Kriegserklärungen nach rechts und links, für den Einfall in Belgien, für die unglaublichen diplomatischen Bloßstellungen Deutschlands, für den unbeschränkten Unterseebootskrieg u. a. m. Wäre der Erfolg nicht ausgeblieben, dann hätten sie diese Verantwortung ebenso willig auf sich genommen, wie Bismarck diejenige für den deutsch-französischen Krieg (Emser Depesche), und auf Generationen hinaus wäre das deutsche Volk politischem und wirtschaftlichem Feudalismus verfallen. Selbst Rathenau muß dies behutsam aussprechen: „Brächte der gegenwärtige Krieg den raschen und unbedingten Erfolg eines vollwertigen Sieges, so wäre die Verwirklichung des deutschen Volksstaates nicht beschleunigt."

Aber wir leben in einer seltsamen Zeit, in der alle Waffensiege noch keinen Erfolg abgeben. Deshalb erwacht die Opposition schon während des Krieges. Deutschland steht, mitten im Welt-

kriege, auch mitten im innern Kriege: Großbourgeoisie (der imperialistische Teil der Großindustrie) und Adel gegen das mittlere und untere Bürgertum und das Proletariat. Scharf zeichneten sich die Gegensätze schon ab im Kampfe um den unbeschränkten Unterseebootkrieg. Rechts der unbedingte Glaube an die Allmacht der Waffensiege, links der Ausblick auf die Zeit nach dem Kriege und das Bedürfnis, sich wenigstens die eine bis dahin noch nicht befehdete Hälfte der Welt offen zu erhalten. Und jetzt wieder im Kampfe um die Kriegsziele und im Kampfe um die Seele des Heeres (Propaganda der sogenannten Vaterlandspartei).

Die Kämpfe sind bis jetzt mit ganz besonderer Wucht (und hier gleich auch mit dem Seitenblick auf revolutionäre Akte) nur von Rechts her geführt worden. Die linke Seite steht, aus langjähriger Verderbnis, noch zu stark im Banne ihrer bisherigen Führerschaft, als dass sie die volle Tragweite dieser Gegensätze zu erkennen vermöchte. Und doch ergibt sich aus den dargelegten Zusammenhängen, dass *eine neue Phase der Weltpolitik nicht möglich ist ohne eine neue Führerschaft,* ohne Übergang der Herrschaft auf die andern Klassen des Volkes. Wenn die heutige deutsche Regierung eine internationale Schiedsgerichtsordnung anbietet oder gar mit dem Grafen Czernin eine allgemeine Abrüstung anbieten wollte, dann wäre dieser Vorgang der Einführung des Reichstagswahlrechtes durch Bismarck vergleichbar. Wie es eine absolute Unmöglichkeit war, dass letzterer, auch mit einer demokratischen Institution, die Demokratie verwirklichte, so unmöglich ist es, dass die preußische Herrenschicht eine europäische Friedensordnung verwirklicht.

Das kann sie schon deshalb nicht, weil sie es gar nicht will und gar nicht wollen kann. Sie kann es nicht wollen, weil sie sich damit selbst depossedierte. Wenn General von Bissing in seiner hinterlassenen Denkschrift über Belgien sich als ein abgesagter Feind jeder spätern Verständigung mit den heutigen Gegnern Deutschlands erweist und jede „Versöhnungsillusion“ ungeprüft von sich weist, macht er sich nur zum Sprecher seines ganzen Kreises. Seinesgleichen muss doch *nötig* bleiben. Überdauert die bisherige europäische Verfassung oder Verfassungslosigkeit den Weltkrieg, dann verbleiben nicht nur der Schwerindustrie und dem Adel ihre Stellung im Rüstungswesen, sondern ihre gesamte beherrschende

Stellung im Staate erhält eine unerhörte Befestigung, die ihnen auch die gesamte innere Politik ausliefert — andernfalls die letzte Stunde ihrer Herrschaft geschlagen hat.

Diesen Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Politik hat schon Kant in aller Schärfe erkannt. Das Bewusstsein desselben lebte im Liberalismus und später im Sozialismus fort, verblasste aber in der imperialistischen Periode immer mehr. So wirkte es wie eine Entdeckung, als kurz vor dem Kriegsausbruch Rudolf Goldscheid (*Das Verhältnis der äußern Politik zur innern*, 1914) denselben neu entwickelte. Unrichtig ist in seiner Darstellung nur, dass er den Klassengegensatz proletarisch fasst, während für die hier in Rede stehenden Beziehungen die Scheidungslinie anderswo gezogen werden muss und, wie die heutigen Verhältnisse beweisen, Proletariat und Bürgertum zusammen einer kleinen Oberschicht gegenüberstehen. Im übrigen hat sich seine geschichtsphilosophische und soziologische Konstruktion durchaus bewahrheitet. „Aristokratisch organisierte Staatsgebilde können namentlich unter den Verhältnissen der Gegenwart auf die Dauer nicht im Frieden miteinander leben. Aristokratische Gesellschaftsstruktur und friedliche Weltpolitik schließen sich wechselseitig aus. Wir befinden uns deshalb augenblicklich an einem Wendepunkt der Weltgeschichte.“ Er erkennt, dass die Entscheidung von unserer Gegenwart getroffen werden müsse zwischen *Weltkrieg und Vertiefung der Demokratie.* „Mit *jeder bestimmten äußern Politik ist immer eine ganz bestimmte innere Politik, mit jeder bestimmten innern stets eine ganz bestimmte äußere Politik notwendig verbunden.*“ Ist das Völkerverhältnis ein vertrauensvolles, gefestigtes, friedliches, dann werden alle Kräfte im Innern frei und die Demokratie kann sich entfalten. Ist es ein gespanntes, unsicheres, dann ist die führende Klasse tatsächlich berechtigt, eine Politik zu machen, die ihrem Vorteil radikal zugute kommt, die ihr gestattet, den Schutz ihrer brutal-egoistischen Sonderinteressen als heiligste nationale Aufgabe hinzustellen.

Und wie für den heutigen Tag ist es geschrieben, wenn Goldscheid fortfährt: „Von dieser Situation machen sie naturgemäß in reichstem Maße Gebrauch und *wehren sich darum mit der größten Energie gegen jeden Versuch, eine Änderung des Völkerverhältnisses herbeizuführen, die mit andern Mitteln als durch Steigerung der Rüstung die nationale Sicherheit zu garantieren trachtet. . . .* Es

gibt nichts, was die *Fortschritte der Demokratie* in so hohem Maße *aufhält, wie das bestehende Völkerverhältnis.* Die herrschenden Klassen wären ganz außerstande, ihre bevorzugte Stellung aufrecht zu erhalten, wenn das Völkerverhältnis diese nicht kontinuierlich stärken und rechtfertigen würde.“ Der Weltkrieg hat diese von der Wissenschaft schon vorher erkannten Zusammenhänge in hellstes Licht gerückt.

ZÜRICH A. EGGER

□□□

KAHNFAHRT

Von HANS HAUENSTEIN

Gleite leiser, Schifflein, gleite weicher
Durch dies abendliche Land dahin!
Zug um Zug wird seine Schönheit reicher;
Langsam will ich sie und still durchziehn.

Dort an jenen buschumsäumten Hängen
Hängt mein Blick, mein Herz, mein ganzes Sein;
Denn sie rauschen auf von den Gesängen
Meiner Jugendzeit am schönen Rhein;

Neigen nieder sich, um mich zu fangen,
Heimzuholen in ihr grünes Reich.
Dort, wo jene Sträucher niederhangen,
War als Knabe ich einst stolz und reich. —

Doch die Wellen treiben rasch mich weiter,
Wenden westwärts Aug' und Herz und Boot,
Wo in Purpurgluten, strahlend heiter,
Zukunftsinseln ruhn im Abendrot.

Wo von Golde breite Wogen rollen,
Wo mein Schiff gewinnt der Strömung Spur
Und mit Götterhänden, übervollen,
Meine Kahnfahrt segnet die Natur.

Eile weiter, Schifflein, fliege nieder
In das herrliche, das lichte Land,
Wo ich stiller Schiffer wieder meine Lieder
Und mein höchstes Glück, die Liebe, fand!

□□□